

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848-48 ppbn d



32. Jahrgang / 213

7. November 1977

Inhalt

Rudi Arndt, SPD-Vorsitzender in Hessen-Süd, sieht in Alfred Dregger den neuen Mächtigen-Kanzler

Seite 1

Der Kieler FDP-Parteitag signalisiert weitere Gemeinsamkeiten im sozial-liberalen Lager

Seite 2

Hans Jürgen Augstein MdB zur neuen Verhandlungsrunde mit der DDR

Seite 3

Hans Urbaniak MdB sieht in den neuen Technologien beim Kohleabbau ein erhebliches Potential exportfähigen know hows

Seite 4/5

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Kölner Straße 108-112,
5300 Bonn-Bad Godesberg
Telefon: (0 22 21) 37 68 11

Hessens CDU hat ihren Höhepunkt überschritten

Von Rudi Arndt

Bezirksvorsitzender der SPD in Hessen-Süd

Die Sozialdemokraten können mit dem Ablauf des hessischen CDU Parteitags am 5. November 1977 in Friedberg ausgesprochen zufrieden sein. Unübersehbar zeigen sich die Zeichen für den Niedergang dieser Partei. Dregger hat in Friedberg zugeben müssen, daß die Sozialdemokraten es geschafft haben, wieder Tritt zu fassen und politische Konturen zu zeigen.

Wenn sich der Vorsitzende der Oppositionspartei in Hessen in seinem Referat zwanzig Minuten mit dem hessischen Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden der SPD, Holger Börner, befaßt hat, so beweist dies, daß die Sozialdemokraten und ihre Repräsentanten in Regierung und Partei die CDU in die politische Defensive gedrängt haben.

Für die Bürger in Hessen ist bemerkenswert, daß Dregger jede klare Antwort auf die Frage ablehnte, ob er nach 1978 in Hessen bleiben werde. Und für ganz besonders interessant halte ich es, daß der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl zwar nach Friedberg eingeladen wurde, aber bis zu seinem Eintreffen verteilte man unter den CDU-Delegierten eine Broschüre, in der Dregger als der künftige Kanzlerkandidat der Unions-Parteien gefeiert wird.

Das ist die innerparteiliche Solidarität der Christdemokraten. Ein guter Rat an Helmut Kohl: Er sollte sich darüber im Klaren sein, daß Dregger die hessische Landtagswahl 1978 nur als ein Sprungbrett betrachtet. Letztlich kommt es dem hessischen Strauß-Freund nur darauf an, Kohl vor der Bundestagswahl 1980 ablösen zu können. Dregger - das ist jetzt deutlich geworden, will selber als der Spitzenkandidat der CDU/CSU ins Rennen ziehen können.

Als politische Bankrotterklärung muß man es bezeichnen, daß Herr Dr. Dregger außer den alten und überholten Angriffen auf sozialdemokratische Politiker keine konstruktiven Vorschläge zu bieten hat. Die CDU, von der man weiß, daß sie immer "gegen etwas", aber nie "für etwas" ist, hat nun ihren "Biss" verloren. Im Namen meiner Parteigliederung kann ich versprechen, daß wir in den nächsten Monaten noch stärker darauf hinarbeiten werden, daß sich der Aufschwung, den Holger Börner und die Hessen-SPD bewirkt haben, noch weiter fortsetzt.

Die hessische Union hat offensichtlich ihren Höhepunkt überschritten. Jetzt muß unsere harte politische Arbeit in den nächsten Monaten die Richtigkeit des Mottos von Holger Börner beweisen: Hessen bleibt sozial und frei. (-/7.11.1977/ks/hgs)

Kiel bekräftigt sozialliberales Bündnis

Werden die Freiburger FDP-Thesen fortgeschrieben oder zurückgeschraubt ?

Die Rede des FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher zur Eröffnung des Parteitages in der Kieler Ostseehalle, hat in begrüßenswerter Weise die Notwendigkeit des sozial-liberalen Bündnisses in Bonn auf der Grundlage der Regierungserklärung unterstrichen.

Keinen Zweifel ließ Genscher daran, daß beim Kampf gegen den Terrorismus die rechtsstaatliche Ordnung erhalten bleiben muß. Es ist gut zu wissen, mit welcher Klarheit der FDP-Vorsitzende den vom Bundesrat in der vergangenen Woche beschlossenen Antrag zur Verteidiger-Überwachung eine Absage erteilt hat; eine Absage, die auch den eigenen Parteifreunden in Niedersachsen und im Saarland galt.

Das klare Bekenntnis zur Rechtsstaatlichkeit und der feste Wille, die freiheitliche Substanz unserer Verfassungsordnung nicht einengen zu lassen, dürfte den gemeinsamen Kampf der sozialliberalen Koalition gegen die terroristische Gewaltkriminalität leichter machen, wenn es in den nächsten Wochen darum geht, im Bereich der Gesetzgebung erneut aktiv zu werden.

Wenn Genscher davon sprach, die Solidarität der Demokraten heiße nicht, "daß die demokratischen Prozesse unterbrochen oder aufgehoben werden", dann hat er damit den Weg festgeschrieben, den die Koalition in der Terrorismusbekämpfung gehen wird. Und Sozialdemokraten wissen die FDP nach der Genscher-Rede auch bei der geistigen Auseinandersetzung mit dem Terrorismus an ihrer Seite. Die Absage an rechte Scharfmacher war überdeutlich. Eine "Sympathisanten"-Diskussion à la Unions-Parteien wird es bei der FDP nicht geben.

Ähnlich klare Worte wie zur inneren Sicherheit hätte man sich von Genscher auch zu den zentralen Themen des Parteitages, zur Wirtschaftspolitik und zur Kernenergie gewünscht. Hier blieb er jedoch allzu moderat, zu unverbindlich, machte nicht deutlich genug, in welche Richtung er seine Partei führen will. Bleibt abzuwarten, ob sich diese Offenheit bezahlt macht. Die noch zu fassenden Beschlüsse werden es erst zeigen, ob die "Freiburger Thesen" in Kiel fortgeschrieben oder zurückgeschraubt werden.

Code Japs

(-/7.11.1977/vo-he/hgs)

Verhandlungsrunde mit der DDR

Die Menschen drüben dürfen nicht enttäuscht werden

Von Hans-Jürgen Augstein MdB

In der letzten Woche hat nach längerer Pause und intensiver Vorbereitung die neue Verhandlungsrunde zwischen Bonn und Ost-Berlin in einer Atmosphäre der Sachlichkeit und des beiderseitigen guten Willens begonnen. Wer sich regelmäßig darum bemüht, Stimmung und Meinungen der Menschen im anderen deutschen Staat zu erfahren, wird wissen, daß die Bevölkerung der DDR diese Verhandlungen mit Hoffnung begleitet. Es ist Aufgabe der Verhandelnden auf unserer Seite, aber auch des Parlaments, das die Politik der innerdeutschen Beziehungen mitzutragen hat, daß diese Hoffnung nicht enttäuscht wird.

Die Bürger der DDR sind durch Erfahrungen immun gegen Illusionen und überspannte Erwartungen. Entsprechend realistisch sind auch die Hoffnungen, die jetzt gehegt werden. Man weiß, daß auch weiterhin nur kleine Schritte auf dem Feld der menschlichen Erleichterungen möglich sein werden. Gleichwohl wird allgemein anerkannt, daß die vielen kleinen Schritte seit Abschluß des Grundlagenvertrags erhebliche Verbesserungen gebracht haben, von denen man vor sieben Jahren nicht einmal zu träumen wagte.

Diese Verbesserungen wurden erreicht, weil die Bundesregierungen der sozialliberalen Koalition beharrlich und geduldig verhandelt haben. Erneut vorgetragene Ratschläge von Oppositionspolitikern, die Verhandlungen müßten sofort abgebrochen werden, wenn die andere Seite etwa das Problem der Staatsangehörigkeit auf die Tagesordnung bringen wolle, müssen deshalb zurückgewiesen werden. Nicht-verhandeln führt nicht weiter, bedeutet sogar Rückschritt, schadet dem Prozeß der Entspannung und "bestraft" nicht nur die Regierung, sondern auch die Bürger der DDR.

Man darf nämlich nicht übersehen, daß auch viele Menschen drüben, die sich nicht mit dem Regime arrangiert haben, sondern mit ihm in einem ständigen Konfliktverhältnis leben, ein mehr oder weniger ausgeprägtes Bewußtsein der Identifizierung mit dem Staat entwickelt haben, in dem sie leben - leben müssen. Niemand hat das Recht, aus einer freiheitlichen Position heraus die Bürger eines unfreien Staates zur Illoyalität gegenüber ihrem Regime zu ermuntern. Und bei aller Kritik und allem Unmut sehen viele DDR-Bürger für sich keinen zwingenden Anlaß, einen ständigen totalen Widerstand zu praktizieren. Diese Bürger fühlen sich aber auch mitbetroffen, wenn Politiker der Bundesrepublik dafür plädieren, den Bonner Forderungskatalog gegenüber der DDR über das hinaus auszudehnen, was die SED-Führung aus den bekannten Gründen derzeit akzeptieren zu können glaubt.

Viele Gelegenheiten räumt das Regime seinen Bürgern wahrscheinlich nicht ein, ein positives Zugehörigkeitsbewußtsein zu entwickeln. In den Tagen des Ringens um das Leben von Hans-Martin Schleyer und die Geiseln von Mogadischu fieberten sie mit, als gebe es die schreckliche Grenze nicht. Die Nachricht, DDR-Außenminister Fischer habe Bonn die guten Dienste seiner Regierung zur Vermittlung im Südjemen angeboten, wurde allenthalber mit Stolz aufgenommen. Dieses Angebot fand Zustimmung und ließ das Gefühl einer selbstbewußten DDR-Staatsbürgergemeinschaft spürbar werden, durchaus vergleichbar der Belebung des Wir-Gefühls in unserer Republik in den Tagen äußerster Bedrängnis.

Daß unsere Politik des Verhandelns diesen Menschen drüben zugute kommen soll, muß bewußter bleiben als dies manchmal der Fall ist. Das kann nicht bedeuten, daß unvertretbare Kompromisse eingegangen werden. Die Drohung mit einem Rückfall in die Zeit der Nicht-Beziehungen wird jedoch von den Bürgern der DDR als krasser Widerspruch zu Bekundungen betrachtet, man habe ihre menschlichen Interessen im Auge. (-/ 7.11.1977/ks/ja)

Neue Technologien beim Kohleabbau

Auch ein erhebliches Potential exportfähigen know hows

Von Hans Urbaniak MdB

Mit der Förderung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie in Höhe von mehreren Millionen DM wird auf der Dortmunder Zeche Hansa an der Entwicklung eines zukunftssträchtigen Kohlegewinnungsverfahrens gearbeitet: Abbau und Förderung mit Wasserkraft. Die "Hydrogrube" Hansa wird das erste Bergwerk in Westeuropa sein, das ausschließlich mit hydromechanischem Abbau und hydraulischer Förderung arbeitet. Mitte nächsten Jahres soll eine tägliche Förderleistung von 3.500 Tonnen erreicht werden.

Mit diesem neuen Verfahren könnten die im Ruhrgebiet bisher als nicht abbauwürdig geltenden Kohlevorräte in geneigter und steiler Lagerung wirtschaftlich gewonnen werden. Das würde praktisch eine erhebliche Vergrößerung der Vorräte bedeuten.

Teile des Hydroverfahrens werden bereits seit einigen Jahren in mehreren Ländern betrieben. Auch in der Bundesrepublik Deutschland liefen unter Mitwirkung des Steinkohlenbergbauvereins Versuchsbetriebe auf verschiedenen Schachtanlagen des Ruhrgebietes.

Dabei zeigte sich, daß dieses Abbauverfahren gegenüber konventionellen Betrieben der geneigten und steilen Lagerung Vorteile aufweist:

- 1/ Höhere Leistung, einfache Betriebsmittel mit geringem Wartungsaufwand und preiswerter Einwegausbau bei der Gewinnung, daher Senkung der Betriebskosten. Auf Hansa wird eine Leistung von fünf Tonnen je Mann und Schicht erwartet.
- 2/ Kleintektonisch gestörte Lagerstätten und Mächtigkeitsschwankungen sind besser zu beherrschen.
- 3/ Bessere Arbeitsbedingungen durch staubfreien Abbau.

- 4/ Größere Sicherheit, da der Gewinnungsraum mannlos ist und bewegte Maschinen fehlen.

Der konventionelle Abbaubetrieb des Bergbaus des Bergwerks Hansa ist am 1. Oktober 1977 eingestellt worden. Nach der herkömmlichen Methode sind seit 1869 über 100 Millionen Tonnen Kohle gefördert worden. Eine Stilllegung von Hansa war bereits 1967 bzw. 1963 wegen der Erschöpfung der wirtschaftlich gewinnbaren Kohlevorräte geplant. Das Hydroverfahren macht den Abbau weiterer 8,5 Millionen Tonnen Kohle möglich. Dieser Vorrat verlängert die Lebensdauer des Bergwerks für weitere zehn Jahre.

Fünf Verfahrensschwerpunkte sind herauszustellen:

- 1/ Hydromechanische Gewinnung: Wasserwerfer lösen mit einem Druck von etwa 100 bar die Kohle. Die Abförderung geschieht in Rinnen bis zur zentralen Aufgabestation.
- 2/ Die Kohle wird auf unter 60 mm Korngröße zerkleinert. Das Feststoff-Wasser-Gemisch wird in Rohrleitungen bis in die Rohkohlenbecken am Schacht gefördert.
- 3/ In Rohrleitungen von 850 m Länge wird das Kohle-Wasser-Gemisch nach über Tage gepumpt. Dazu ist ein Förderdruck von 120 bar erforderlich. Ein Dreikammerrohr-aufgeber sorgt für kontinuierlichen Fluß des Gemisches.
- 4/ Trocknung und Aufbereitung über Tage: Der hohe Gehalt an Feuchtigkeit erfordert eine besondere Behandlung der Rohkohle. Um den Normwassergehalt der Koks-kohle von 9,2 Prozent zu erreichen, ist es erforderlich, den anfallenden Kohleschlamm thermisch zu trocknen. Hierfür wurde eine Trocknungsanlage errichtet.
- 5/ Elektronische, programmierte Überwachung und Steuerung des gesamten Wasserkreislaufs. Rund 10.000 Liter Wasser sind ständig für Gewinnung, Förderung und Aufbereitung im Umlauf. Bei einer Tagesförderung von 3.500 Tonnen ist eine Druckwassermenge von 24 bis 28 m³ pro Minute erforderlich.

Ist diese unter Mitwirkung der Bundesregierung entwickelte Technologie erfolgreich, so ist damit ein großer Schritt in Richtung auf die Zukunftssicherung des Energieträgers Kohle durch wirtschaftlichen, sicheren und ergonomisch vorteilhaften Abbau getan. Außerdem stellt dieses Verfahren ein erhebliches Potential exportfähigen know hows dar.

(-/7.11.1977/ks/ja)